

# Budapestre vonatkozó újságcikkek

Szerző: *Glein, Joh.*

*Richtlinien für die künftige Tätigkeit der Hauptstadt*

*Pester Lloyd*

*Bp*

*1924. 1. 13.*

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Osztályozás

Tárgy

352

Hely

Idő

"1924"

Személy

Helyszán

352

1924

## Richtlinien für die künftige Tätigkeit der Hauptstadt.

Von Joh. Glein.

Nach der Katastrophe unseres Landes hat es viele gegeben, die prophezeiten, daß Budapest zu groß sein werde für das verstimmelte Land. Seither sind die Propheten verstummt und die Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, daß diese Hauptstadt nicht zu groß ist für unser Land, wofern wir nur arbeiten und schaffen, daß sie noch entwicklungsfähig ist, und entwickelt, vergrößert, verschönert werden muß. Dazu aber ist es nötig, daß die Männer, die im Stadthause walten, begreifen, daß das Stadthaus der Bürgerschaft gehört, und nicht die Bürgerschaft dem Stadthause. Nicht herrschen soll das Stadthaus, sondern verwalten, das was ihm durch die Bürgerschaft anvertraut ist; nicht über der Bürgerschaft soll es stehen wollen, sondern hinter ihr, nicht im Gegensatz zu ihr, sondern ihren Interessen dienend. Dann wird auch die Bürgerschaft sich wieder finden, und an Stelle der bisherigen Gleichgültigkeit wird opferbereiter Bürgersinn entstehen.

Seit 1870 hat sich Budapest gewaltig entwickelt. Aus dem rückständigen Buda-Pest-Altofen war plötzlich das große Budapest entstanden. Staat und Stadt überboten sich in der Errichtung von Prachtgebäuden, Instituten und Kulturstätten.

Die zu rasche Entwicklung hatte aber auch Nachteile; es entstanden neue Stadtteile, ehe der Plan durchdacht war, der sie hätte dem Ganzen eingliedern und den Anforderungen der Schönheit, der Zweckmäßigkeit, der Hygiene anpassen sollen. Dazu drängte die ganze sozialpolitische Richtung der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts auf den Weg der Verstädlichung. Die Hauptstadt wurde Unternehmerin und übernahm mehrere Betriebe in eigene Regie. Diese Betriebe aber frankten alle an Bureaokratismus und an dem noch größeren Uebel, an der Herrschaft verantwortungsloser Kommissionen und Cliques. Der Unternehmungsgeist schoß in die Höhe. Aber es war nicht der gesunde, volkswirtschaftlich wertvolle Unternehmungsgeist des einzelnen, des seine Haut riskierenden Wagemutigen, es war der Unternehmungsgeist, der den Erfolg, wenn er kam, an die große Glocke hängte, den Mißerfolg aber auf das Steuerkonto der Bürger schrieb. Den Kommissionen gegenüber erlahmte oft der Wille des leitenden Bürgermeisters und auch die Sektionen waren den Kommissionen gegenüber ohnmächtig. Die zahlreichen Sektionen, Brutstätten der Titelucht, arbeiteten, jede eifersüchtig auf ihre Selbstständigkeit, nicht miteinander, sondern oft einander entgegen.

Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Regimes sein, in dieser Hinsicht Wandel zu schaffen. Die Zahl der Sektionen sollte nach Möglichkeit reduziert werden. Daß eine eigene Sektion für Verkehrsstraßen und eine besondere für Wasserleitung und Beleuchtung existiert, ist eine Anomalie, denn diese Betriebe werden von erstklassigen Generaldirektoren geleitet.

Vereinfachung der Verwaltung ist heute die wichtigste Aufgabe der Stadt. Die Vereinfachung darf sich aber nicht erschöpfen in der Reduzierung des Beamtenstatus; bei dem heutigen Verwaltungssystem ist kein Mensch überflüssig, aber das System selbst ist schlecht und schafft überflüssige Arbeit, erfordert also zu viel Arbeitskräfte. Könnte nicht z. B. das Steueramt, so wie die Banken, für jede Partei ein einfaches Konto führen und jedem Steuerzahler wenigstens einmal jährlich einen, dieses Konto in seinen Einzelheiten darstellenden Ausweis per Post zustellen? Das zu verlangen wäre doch das Recht des steuerzahlenden Bürgers.

Neben der Vereinfachung der Verwaltung und des Verwaltungsapparats müßte ein Abbau der hauptstädtischen Betriebe erfolgen. Nur solche Betriebe sollten im Besitze der Hauptstadt verbleiben, die ihrer Natur nach behördlich verwaltet werden müssen; alle anderen müßten der Privatwirtschaft zugeführt, d. h. verkauft oder verpachtet werden. Das erstere ist dem letzteren vorzuziehen, weil die Stadt Schulden hat, die getilgt werden müssen, und weil die Kontrolle der Verpachtungen einen großen Apparat erfordern würde.

Die volkswirtschaftliche Betätigung sollte die Hauptstadt in einer anderen Richtung suchen. Sobald sich ihre Verhältnisse konsolidiert haben, müßte sie den Bau eines Schiffahrtskanals von Neupest bis Erzsebetfalva in Angriff nehmen. Sie sollte ferner das Wasser des toten Donauarmes zur Anlage von Kraftwerken zur Ergänzung elektrischen Stromes verwenden. Sie sollte große Flächen Sandbodens am Mátyás, bei

Besipentlörinc, Kispest, Gubacs erwerben und mit Kiefern aufforsten, um den Gesundheitszustand der Stadt zu verbessern; sie sollte die Anlage von Kiepsfeldern initiieren, zur Verwertung der Fäkalabwässer, die Milliarden wert sind und in die Donau fließen, ferner Terrain- und Baugesellschaften ins Leben rufen und fördern, damit für reichliches Wohnungsangebot gesorgt wird.

Die Hauptstadt mag sich auch finanziell an gemeinnützigen Unternehmungen beteiligen, sie darf aber, so wenig wie der Staat, selbst Unternehmer sein; wie wenig geeignet die Hauptstadt ist, Unternehmungen zu führen, hat sie durch die Ablösung der Straßenbahn bewiesen. Das Unternehmen hatte unter den Verhältnissen der Kriegszeit und der Revolution stark gelitten. Diese kranke Unternehmung halte aber auch gesunde Teile, wie die großen, in Grundstücken, Häuserblöcken, Fabriken usw. angelegten Reserven. Aus diesen Reserven hätte die Gesundung des Unternehmens hervorgerufen werden müssen; ist ja der Zweck der Reserven, als Notpfennig zu dienen für schlechte Zeiten. Die Hauptstadt aber, in ihrem dunklen Ablösungsdrange, hat nur den kranken Teil des Unternehmens abgelöst, der unter der Leitung der Hauptstadt auch nie gesund wird. Der nicht abgelöste Teil aber ist heute eine blühende Aktiengesellschaft.

Und wie wenig Eignung die Hauptstadt hat, Unternehmungen durchzuführen, das zeigt auch die Regulierung des Tabán. Seit nahezu zwanzig Jahren liegt da ein Stadtteil im Zentrum der Hauptstadt tot, zahlreiche Gebäude wurden demoliert. Vom Aufbau ist nicht die Rede. Begriffe wie: „Interalarzinsenverlust“ sind der Hauptstadt, wie es scheint, unbekannt.

Unter dem zweifellos sehr genialen und rührigen Regime des Bürgermeisters Dr. Bárczy hat die Hauptstadt auch eine Baugrundpolitik begonnen durch den Erwerb einiger großen Grundkomplexe im äußeren 6. und 7. Bezirk. Allein in dem Erwerb von Grundkomplexen darf sich die Baugrundpolitik nicht erschöpfen. Die Hauptstadt darf nicht selbst zur toten Hand werden, vielmehr soll sie durch Regulierung und Parzellierung, durch Schaffung von Straßen, Kanalisierung usw. neue Baustätten schaffen, weil dies das einzige Mittel zur Bekämpfung der hohen Bodenrente ist. Da die Formation der Grundstücke in der Hauptstadt und Umgebung meistens eine Umlegung der Grundstücke erfordert, damit baureife Parzellen geschaffen werden könnten, so hätte die Hauptstadt längst die Schaffung eines Gesetzes erwirken sollen, das die z w a n g s-

weise Kommassierung, d. i. Umlegung der Grundstücke ermöglichen würde.

Auch der Wohnungsbaupolitik muß die Hauptstadt ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Sie soll die Schaffung kluger Haussteuergesetze erwirken, das vielgeschmähte aber durchaus unentbehrliche Zinshaus wieder zu Ehren bringen, einen Kampf auf Leben und Tod führen mit der Regierung im Interesse der Abschaffung der staatlichen Mißbeteiligung an den Hauszinseinnahmen, die jeden Zinshausbau unmöglich macht und eine himmelschreiende Besteuerung der ärmsten Klassen und des Mittelstandes ist.

Eine große Unterlassung hat sich die Hauptstadt in den letzten zwanzig Jahren auf dem Gebiete der Kanalisierung zuschulden kommen lassen. Die Kanalisierung Budapests bedarf dringendst einer gründlichen Rekonstruktion und Erweiterung, sonst werden an den Peripherien der Hauptstadt gefährliche Seuchenherde entstehen.

Die Richtung der Finanzpolitik der Hauptstadt kann nur die eine sein: Konsolidierung; Realisierung eines Teiles des in Liegenschaften, Häusern und Betrieben investierten Vermögens und Tilgung der Schulden. Außerdem Reduzierung der unproduktiven Ausgaben und Herstellung eines geordneten Budgets. Die Finanzpolitik darf sich nicht darin erschöpfen, Steuern auf Steuern zu häufen, denn das führt nur immer wieder zur Erhöhung der Steuerung. Das Steuersystem, sowie die Buchhaltung und Kassengebarung sollten vereinfacht werden; diese Aemter müßten ihre Aenden ohne viel Aktenschreiberei in 48 Stunden erledigen, statt in 48 Monaten. Wenn das jede große Bank kann, so muß es auch die Hauptstadt können.

Einer der schwerwiegendsten Passivposten des Budgets ist die kommunale Schule. Es ist sicherlich die Pflicht der Hauptstadt, für gute Gemeindeschulen zu sorgen. Aber es ist auch ihre Pflicht, jeden Dilettantismus und jede Nebenbestrebung auf diesem Gebiete fernzuhalten.

Es ist ein eingebürgerter Irrglaube, daß das Verwaltungswesen eine Wissenschaft ist, zu der nur Juristen den Befähigungsnachweis besitzen. Die Verwaltungswissenschaft hat sich von den Forderungen des praktischen Lebens entfernt und deshalb müssen ihr Männer des praktischen Lebens neue Wege zeigen.

An die Spitze des Bauamtes gehört ein technisch gebildeter Mann, der Konzeption und Sinn hat für die Schönheit der Stadt, der es aber auch nicht unter seiner Würde hält, sich mit den kleinsten Angelegenheiten, die das Leben der Stadt mit sich bringt, zu befassen. In den Bürgermeisterstuhl aber gehört ein Mann von vielseitiger Bildung und von hohem geistigen Schwung. Was ihm an Verwaltungs- und Paragraphenwissenschaft abgeht, das kann er in einem Jahre lernen.